

Erste Ergebnisse des Befragungsteils der BMG-„Corona-BUND-Studie“

10. Juli 2020

ifo Institut -
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.
Poschingerstraße 5
81679 München

forsa
Gesellschaft für Sozialforschung
und statistische Analysen mbH
Schreiberhauer Straße 30
10317 Berlin

1. Der Stellenwert von „Corona“ im Alltag der Menschen

Dass die Corona-Pandemie seit ihrem Ausbruch bzw. ihrer zunehmenden Verbreitung auch in Deutschland das dominante, alles andere überlagernde Problem für die Bürgerinnen und Bürger war und ist, wird auch durch die Ergebnisse der breit angelegten BMG-„Corona-BUND Studie“^{*)} nochmals deutlich bestätigt: Drei Viertel aller Bundesbürger haben sich auch noch im Juni, trotz gewisser Auflockerungen der vielfältigen Einschränkungen, über das Corona-Virus und seine möglichen Folgen informiert, sich darüber unterhalten oder darüber nachgedacht.

Dabei war die Beschäftigung mit Corona am intensivsten in den älteren Bevölkerungsgruppen. Von den über 60-Jährigen haben sich über 80 Prozent, von den unter 35-Jährigen 60 oder weniger Prozent mit Corona immer oder häufig befasst. Die oberen Einkommenschichten haben sich mit der Corona-Krise und deren Folgen etwas häufiger beschäftigt als die Gruppen der Bevölkerung mit eher niedrigen Einkommen.

^{*)} Die BMG-„Corona-BUND Studie“ wird von einem Forschungskonsortium bestehend aus der Charité-Universitätsmedizin Berlin, dem ifo Institut für Wirtschaftsforschung, der PI Health Solutions GmbH, der ATLAS Biolab GmbH, dem Cologne Center for Genomics und der forsa GmbH durchgeführt. Sie kombiniert eine bundesweite Befragung auf breiter repräsentativer Basis mit einer fundierten medizinischen Testung. Die hier berichteten Ergebnisse basieren auf der vom 8. bis 20. Juni 2020 durchgeführten Befragung von 30.068 über 18 Jahre alten Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik.

▪ Beschäftigung mit Corona

Es haben sich in den letzten zwei Wochen
fast immer bzw. häufig über Corona informiert,
gesprachen oder darüber nachgedacht

	%
insgesamt	73
Ost	69
West	74
Männer	71
Frauen	75
18- bis 24-Jährige	56
25- bis 34-Jährige	60
35- bis 49-Jährige	70
50- bis 59-Jährige	77
60- bis 69-Jährige	81
70- bis 79-Jährige	83
80 Jahre und älter	85
Haushaltsnettoeinkommen (in €)	67
bis 2.000	73
2.000 bis 2.999	75
3.000 bis 3.999	78
4.000 und mehr	78

Sehr oder zumindest etwas besorgt, sich selbst mit dem Virus anzustecken, waren auch im Juni noch 66 Prozent aller Bundesbürger. 33 Prozent haben keinerlei Befürchtungen mehr, sich selbst anzustecken. Überdurchschnittlich große Sorgen vor einer Infektion bestehen bei den älteren, über 60 Jahre alten Bürgerinnen und Bürgern.

Noch etwas größer als die Furcht, selbst mit dem Virus infiziert zu werden, ist die Sorge, dass sich Angehörige oder Freunde infizieren könnten: 79 Prozent aller Bundesbürger sind darüber sehr oder zumindest etwas besorgt.

▪ **Angst vor einer Infektion mit dem Corona-Virus**

	Es waren im Juni besorgt,			
	sich selbst mit dem Virus zu infizieren		dass Angehörige oder Freunde infiziert werden	
	ja, sehr bzw. etwas %	nein, *) gar nicht %	ja, sehr bzw. etwas %	nein, *) gar nicht %
insgesamt	66	33	79	20
Ost	65	35	76	23
West	66	32	80	20
Männer	65	34	78	21
Frauen	67	32	81	19
18- bis 24-Jährige	64	36	82	18
25- bis 34-Jährige	63	38	78	21
35- bis 49-Jährige	63	37	76	23
50- bis 59-Jährige	66	34	79	21
60- bis 69-Jährige	73	28	81	18
70- bis 79-Jährige	75	25	83	17
80 Jahre und älter	75	25	84	16

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „keine Angabe“

Dass das Corona-Virus die Menschen in Deutschland weiterhin ängstigt, zeigt sich auch daran, dass nur wenige Bundesbürger (21 %) eine zweite Infektionswelle für unwahrscheinlich halten. 40 Prozent halten eine zweite Infektionswelle für wahrscheinlich; 37 Prozent schätzen die Chance einer zweiten Welle mit 50 zu 50 ein.

Unabhängig von den in den einzelnen Bundesländern getroffenen Maßnahmen glaubt überall nur eine Minderheit, dass es nicht zu einer zweiten Infektionswelle kommt.

▪ **Angst vor einer zweiten Infektionswelle I**

	Dass es in Deutschland zu einer zweiten Infektionswelle kommt, ist		
	wahrscheinlich %	Chance 50:50 %	unwahrscheinlich*) %
insgesamt	40	37	21
Ost	36	38	24
West	41	37	21
Bremen	43	37	20
Schleswig-Holstein	42	34	22
Niedersachsen	42	38	20
Hessen	42	36	21
Rheinland-Pfalz	42	36	22
Baden-Württemberg	42	36	22
Nordrhein-Westfalen	41	38	21
Bayern	41	36	22
Berlin	41	37	20
Saarland	40	39	20
Brandenburg	40	36	23
Thüringen	40	40	21
Hamburg	39	37	23
Mecklenburg-Vorpommern	39	35	25
Sachsen	34	39	26
Sachsen-Anhalt	31	42	26

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Frauen befürchten eher als Männer, Jüngere eher als Ältere, Befragte mit Kindern im Haushalt eher als Befragte ohne Kinder und Beamte und die oberen Bildungsschichten eher als die unteren eine zweite Infektionswelle.

▪ Angst vor einer zweiten Infektionswelle II

	Dass es in Deutschland zu einer zweiten Infektionswelle kommt, ist		
	wahrscheinlich %	Chance 50:50 %	unwahrscheinlich *) %
Männer	38	36	25
Frauen	43	38	17
18- bis 24-Jährige	47	34	18
25- bis 34-Jährige	45	33	21
35- bis 49-Jährige	44	34	20
50- bis 59-Jährige	42	35	22
60- bis 69-Jährige	36	41	22
70- bis 79-Jährige	31	45	23
80 Jahre und älter	30	40	29
Hauptschule	35	41	24
mittlerer Abschluss	37	39	22
Abitur, Studium	43	35	21
Kinder im Haushalt			
- ja	45	34	21
- nein	40	38	22

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2. Umgang der Bürger mit den Einschränkungen

Nur wenige Bürgerinnen und Bürger in Deutschland (11 %) hatten im Verlauf der Corona-Krise ebenso viele persönliche Kontakte wie vor der Corona-Krise. Viel weniger persönliche Kontakte hatten 57, etwas weniger Kontakte 32 Prozent.

Die Einschränkungen bei den persönlichen Kontakten waren bei den Westdeutschen größer als bei den Ostdeutschen. Größere Einschränkungen als bei den Männern gab es bei den Frauen. Bei Einpersonenhaushalten waren die Einschränkungen bei den persönlichen Kontakten nicht ganz so groß wie bei den Haushalten mit 4, 5 oder mehr Personen.

- Entwicklung der persönlichen Kontakte während der Corona-Krise

Persönliche Kontakte hatten im Verlauf der Corona-Krise im Vergleich zur Zeit vor der Krise:

	viel weniger %	etwas weniger %	unverändert %
insgesamt	57	32	11
Ost	46	38	16
West	59	31	10
Männer	53	34	13
Frauen	61	30	9
18- bis 24-Jährige	54	36	10
25- bis 34-Jährige	52	36	12
35- bis 49-Jährige	58	31	11
50- bis 59-Jährige	59	30	11
60- bis 69-Jährige	59	30	11
70- bis 79-Jährige	57	31	12
80 Jahre und älter	55	34	11
Hauptschule	53	30	17
mittlerer Abschluss	53	32	15
Abitur, Studium	60	32	8
Haushaltsgröße:			
1 Person	53	32	15
2 Personen	57	32	11
3 Personen	58	32	10
4 Personen	62	30	8
5 oder mehr Personen	64	28	8

Schwierigkeiten, die geltenden Abstandsregeln und die diversen Empfehlungen zur Vermeidung von engen Kontakten mit anderen Menschen auch zu befolgen, hatte die Mehrheit der Bundesbürger (53 %) nicht. Für 17 Prozent war das sehr, für 30 Prozent etwas schwierig.

Von den unter 50-Jährigen hatten über 50 Prozent, von den über 70- bzw. 80-Jährigen hingegen nur 36 bzw. 32 Prozent Schwierigkeiten, die Regeln zu beachten.

- Schwierigkeiten bei der Befolgung von Empfehlungen zur Vermeidung von Kontakten

Die Empfehlungen zur Vermeidung von engen Kontakten mit anderen Menschen zu befolgen, war

	sehr schwierig	etwas schwierig	wenig bzw. überhaupt *) nicht schwierig
	%	%	%
insgesamt	17	30	53
Ost	18	31	51
West	17	30	53
Männer	14	28	58
Frauen	20	32	48
18- bis 24-Jährige	21	37	42
25- bis 34-Jährige	22	33	45
35- bis 49-Jährige	20	32	48
50- bis 59-Jährige	16	31	53
60- bis 69-Jährige	15	28	57
70- bis 79-Jährige	10	26	64
80 Jahre und älter	7	25	68
Kinder im Haushalt			
ja	21	34	45
nein	15	30	55

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „keine Angabe“

3. Auswirkungen der Corona-Krise

3.1 Auswirkungen bei den abhängig Beschäftigten

Die große Mehrheit von 78 Prozent der Arbeiter, Angestellten und Beamten konnte bis zum Juni ununterbrochen arbeiten. 17 Prozent waren zwischen Februar und Juni zeitweise freigestellt bzw. beurlaubt. 4 Prozent sind seit Februar permanent aus ihrer beruflichen Tätigkeit ausgeschieden.

Frauen sind etwas häufiger als Männer, Arbeiter häufiger als Angestellte und Beamte, Geringverdiener häufiger als Beschäftigte mit höheren Einkommen aus ihrer bisherigen Tätigkeit zeitweise freigestellt oder beurlaubt worden.

Bei 71 Prozent der seit Februar beurlaubten bzw. freigestellten Arbeitnehmer erfolgte die Beurlaubung bzw. Freistellung coronabedingt durch den Arbeitgeber. 3 Prozent der Freistellungen bzw. Beurlaubungen erfolgten durch den Arbeitgeber aus anderen Gründen. Bei 18 Prozent der freigestellten bzw. beurlaubten Arbeitnehmer erfolgte die Freistellung bzw. Beurlaubung auf eigenen Wunsch (bei 5 Prozent aus Sorge vor einer Corona-Infektion, bei 6 Prozent wegen der Betreuung der Kinder, bei 7 Prozent aus anderen Gründen). Um die Kinder betreuen zu können, haben sich besonders häufig Beschäftigte mit Kindern im Haushalt (19 %) und alleinerziehende Frauen (30 %) beurlauben oder freistellen lassen.

- Auswirkungen der Corona-Krise auf das Beschäftigungsverhältnis *)

Seit Februar sind aus ihrer beruflichen Tätigkeit

	permanent ausgeschieden %	zeitweise freigestellt bzw. beurlaubt worden %	konnten ununter-**) brochen arbeiten %
insgesamt	4	17	78
Ost	4	17	79
West	4	17	78
Männer	3	15	81
Frauen	4	18	76
Haushaltsnettoeinkommen (in €)			
unter 2000	8	24	66
2000 bis 2.999	4	18	78
3.000 bis 3.999	3	17	79
4.000 und mehr	2	13	84
Hauptschule	4	21	73
mittlerer Abschluss	3	19	77
Abitur, Studium	4	15	80
Kinder im Haushalt			
ja	3	17	80
nein	4	17	78
Alleinerziehende Frauen	5	18	75
Beamte	3	15	81
Angestellte	4	16	80
Arbeiter	4	26	69

*) Basis: abhängig Beschäftigte

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = „keine Angabe“

Während der Corona-Krise ist die wöchentliche Arbeitszeit bei 18 Prozent der abhängig Beschäftigten gesunken. Bei ebenso vielen (20 %) ist die wöchentliche Arbeitszeit aber gestiegen. Unverändert geblieben ist die wöchentliche Arbeitszeit bei 62 Prozent aller Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Bei Geringverdienern, bei Hauptschulabsolventen und bei Arbeitern ist der Anteil derer, bei denen die Arbeitszeit gesunken ist, größer als der Anteil derer, bei denen die Arbeitszeit gestiegen ist.

▪ Auswirkungen der Corona-Krise auf die Arbeitszeit *)

Die wöchentliche Arbeitszeit ist während der Corona-Krise

	gestiegen %	gesunken %	unverändert geblieben **) %
insgesamt	20	18	62
Ost	16	15	68
West	20	18	61
Männer	19	19	61
Frauen	20	16	62
Haushaltsnettoeinkommen (in €)			
unter 2000	16	20	62
2000 bis 2.999	20	17	63
3.000 bis 3.999	18	18	63
4.000 und mehr	22	17	60
Hauptschule	14	18	67
mittlerer Abschluss	16	16	67
Abitur, Studium	21	18	59
Kinder im Haushalt			
ja	21	18	60
nein	19	17	63
Alleinerziehende Frauen	21	17	60
Beamte	26	16	56
Angestellte	19	18	63
Arbeiter	14	20	65

*) Basis: abhängig Beschäftigte

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = „keine Angabe“

Bei 67 Prozent der abhängig Beschäftigten, deren Arbeitszeit in der Corona-Krise reduziert wurde, erfolgte die Reduktion coronabedingt durch den Arbeitgeber. 20 Prozent haben ihre Arbeitszeit auf eigenen Wunsch reduziert (9 Prozent wegen der Betreuung der Kinder, 3 Prozent aus Sorge vor einer Infektion, 8 Prozent aus anderen Gründen).

Für 80 Prozent der Arbeiter, Angestellten und Beamten hat sich der Arbeitslohn bzw. das Gehalt infolge der Corona-Krise nicht geändert. Verringert hat sich das Gehalt bzw. der Arbeitslohn bei 15 Prozent der abhängig Beschäftigten – überdurchschnittlich häufig bei den Geringverdienern, den Hauptschulabsolventen und vor allem den Arbeitern. Bei Männern ist der Anteil derer, bei denen sich das Gehalt bzw. der Arbeitslohn verringert hat, mit 17 Prozent höher als bei den Frauen (13 %).

Erhöht hat sich der Arbeitslohn bzw. das Gehalt bei 3 Prozent der abhängig Beschäftigten.

- Auswirkungen der Corona-Krise auf das Gehalt *)

	Der Arbeitslohn bzw. das Gehalt hat sich infolge der Corona-Krise			
	verringert %	erhöht %	nicht verändert %	kein Gehalt **) %
insgesamt	15	3	80	2
Ost	14	4	81	1
West	15	3	79	2
Männer	17	3	78	1
Frauen	13	3	81	2
Haushaltsnettoeinkommen (in €)				
unter 2000	19	4	72	5
2000 bis 2.999	15	4	79	1
3.000 bis 3.999	15	3	81	1
4.000 und mehr	13	3	83	1
Hauptschule				
mittlerer Abschluss	19	5	74	2
Abitur, Studium	17	4	78	1
Abitur, Studium				
14	3	81	2	
Kinder im Haushalt				
ja	15	3	80	1
nein	15	3	80	2
Alleinerziehende Frauen	14	3	81	1
Beamte	1	1	97	0
Angestellte	17	4	79	1
Arbeiter	25	4	68	2

*) Basis: abhängig Beschäftigte

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = „keine Angabe“

13 Prozent der befragten abhängig Beschäftigten geben an, Kurzarbeitergeld zu erhalten, vor allem die Arbeiter und die Hauptschulabsolventen.

▪ **Bezieher von Kurzarbeitergeld*) I**

	Es erhalten Kurzarbeitergeld %
insgesamt	13
Ost	12
West	13
Männer	15
Frauen	12
18- bis 24-Jährige	7
25- bis 34-Jährige	15
35- bis 49-Jährige	14
50- bis 59-Jährige	15
60 Jahre und älter	9
Beamte	0
Angestellte	15
Arbeiter	24
Haushaltsnettoeinkommen (in €)	
unter 2.000	15
2.001 bis 3.000	15
3.001 bis 4.000	14
4.001 und mehr	11

*) Basis: abhängig Beschäftigte, die nicht permanent aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind

3.2 Auswirkungen der Corona-Krise für die Selbständigen

Negative Folgen hatte die Corona-Krise bis zum Juni vor allem bei den Selbständigen. Von den Landwirten, den freiberuflich Tätigen und den übrigen Selbständigen konnten nur 39 Prozent ihre Tätigkeit während der Corona-Krise unverändert fortführen. 22 Prozent mussten ihre Tätigkeit ganz einstellen, 39 Prozent einschränken.

Unverändert konnten (oder mussten) ihre Tätigkeit wie bisher die meisten Landwirte ausüben. Von den männlichen Selbständigen konnten 45, von den weiblichen nur 32 Prozent und von alleinerziehenden Frauen unter den Selbständigen gar nur 15 Prozent ihre Tätigkeit in der Corona-Krise unverändert fortführen.

Von den Selbständigen mit geringen Einkommen konnten nur 26 Prozent, von denen mit höheren Einkommen 47 Prozent ihre Tätigkeit in der Corona-Krise unverändert fortführen.

▪ Auswirkungen der Corona-Krise auf die Tätigkeit Selbständiger *)

	Seit Februar wurde die berufliche Tätigkeit		
	eingestellt %	eingeschränkt %	unverändert fortgeführt **) %
insgesamt	22	39	39
Ost	18	42	40
West	23	39	39
Männer	17	38	45
Frauen	27	40	32
Haushaltsnettoeinkommen (in €)			
unter 2.000	33	40	26
2.000 bis 2.999	28	35	37
3.000 bis 3.999	23	38	39
4.000 und mehr	13	39	47
Hauptschule	18	39	43
mittlerer Abschluss	20	38	43
Abitur, Studium	23	39	38
Kinder im Haushalt:			
- ja	21	42	37
- nein	21	38	41
Alleinerziehende Frauen	43	42	15
Landwirte	4	10	87
Freiberufler	26	40	33
Selbständige	18	40	42

*) Basis: Landwirte, Freiberufler und Selbständige

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = „keine Angabe“

Bei einer Reihe der Selbständigen, die ihre berufliche Tätigkeit während der Corona-Krise einstellen oder einschränken mussten, gab es mehrere Gründe dafür. Am häufigsten waren aber die gesetzlichen Vorgaben oder betriebliche Gründe für die Einstellung oder Einschränkung der beruflichen Tätigkeit verantwortlich. Sorge vor Infektionen waren für 17 Prozent ein Grund für die Einschränkung oder Einstellung der Tätigkeit.

▪ Gründe für die Einstellung bzw. Einschränkung der beruflichen Tätigkeit *)

	eigene Corona- virus- Infektion	Sorge vor Infektionen	erhöhter Kranken- stand/Qua- rantänefälle unter den Beschäftigten	Betreuung von Kindern	gesetzliche Vorgaben	betriebliche Gründe	sonstige**)
	%	%	%	%	%	%	%
insgesamt	1	17	1	9	57	45	11
Ost	1	18	1	14	56	46	11
West	1	17	1	8	57	45	11
Männer	1	18	1	9	54	53	12
Frauen	1	16	1	9	61	37	10
Haushaltsnettoeinkommen (in €)							
unter 2.000	0	15	0	3	61	36	15
2.000 bis 2.999	1	16	1	8	57	46	9
3.000 bis 3.999	2	17	1	10	61	46	10
4.000 und mehr	1	18	3	15	55	50	10
Hauptschule							
mittlerer Abschluss	0	16	0	3	51	44	13
Abitur, Studium	0	19	1	7	55	40	10
Kinder im Haushalt:							
- ja	1	14	1	36	54	49	7
- nein	1	19	1	0	58	45	13

*) Basis: Selbständige, die ihre berufliche Tätigkeit eingestellt oder eingeschränkt hatten

***) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Nur für wenige Selbständige insgesamt (28 %) gab es durch die Corona-Krise keinen Rückgang des Umsatzes. Die große Mehrheit von 66 Prozent aber hatte Umsatzrückgänge zu verzeichnen.

▪ Auswirkungen der Corona-Krise auf den Umsatz *)

	Durch die Corona-Krise gab es eine(n) Umsatz-		
	Rückgang %	Steigerung %	keine Änderung **) %
insgesamt	66	4	28
Ost	65	5	27
West	66	4	28
Männer	64	6	30
Frauen	69	3	25
Haushaltsnettoeinkommen (in €)			
unter 2.000	76	3	19
2.000 bis 2.999	67	3	28
3.000 bis 3.999	66	5	27
4.000 und mehr	60	6	34
Hauptschule	66	7	26
mittlerer Abschluss	65	5	29
Abitur, Studium	67	4	27
Kinder im Haushalt:			
- ja	69	4	26
- nein	64	5	29
Alleinerziehende Frauen	85	0	12
Landwirte	53	7	38
Freiberufler	67	3	28
Selbständige	66	6	27

*) Basis: Selbständige

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = „keine Angabe“

46 Prozent der Selbständigen haben seit Beginn der Corona-Krise private Ersparnisse genutzt, um die negativen Folgen der Krise für ihr Gewerbe abzumildern. 26 Prozent haben staatliche Soforthilfen erhalten, bei 16 Prozent wurden Steuerzahlungen oder -vorauszahlungen gestundet. Geld von Verwandten oder Freunden haben sich 9 Prozent geliehen, neue Kredite aufgenommen oder bestehende Kreditlinien erweitert, 7 Prozent. 5 Prozent konnten betriebliche Rechnungen nicht zahlen.

3.3 Auswirkungen auf das Haushaltseinkommen

10 Prozent der im Juni über 30.000 Befragten sind sehr besorgt, dass sie die Corona-Krise in finanzielle Schwierigkeiten bringen wird. Besorgt sind vor allem diejenigen, deren Haushaltsnettoeinkommen seit Februar gesunken ist, die Beschäftigten in Kurzarbeit sowie die Arbeiter und die Selbständigen.

Seit Februar ist das monatliche Haushaltsnettoeinkommen bei 20 Prozent aller Befragten gesunken: Bei 15 Prozent wegen Corona, bei 5 Prozent aus anderen Gründen.

Einkommenseinbußen wegen Corona haben vor allem die Kurzarbeiter, sowie die Selbständigen erlitten.

▪ Auswirkungen der Corona-Krise auf das Einkommen des Haushalts

	Es sind sehr besorgt, dass sie die Corona-Krise in finanzielle Schwierigkeiten bringt	Seit Februar ist das monatliche Haushaltsnettoeinkommen		
		gesunken	gestiegen	
	%	wegen Corona %	aus anderen Gründen %	%
insgesamt	10	15	5	4
Haushaltsnettoeinkommen ist seit Februar 2020				
- gesunken	32	-	-	-
- gestiegen	5	-	-	-
- unverändert geblieben	5	-	-	-
in Kurzarbeit:				
ja	27	79	2	1
nein	5	8	5	4
Ost	11	13	5	4
West	10	16	5	4
Männer	10	16	5	4
Frauen	10	15	5	3
18- bis 24-Jährige	9	17	8	5
25- bis 34-Jährige	13	17	8	9
35- bis 49-Jährige	14	20	6	4
50- bis 59-Jährige	14	22	4	3
60- bis 69-Jährige	7	11	1	2
70 Jahre und älter	3	6	1	1
Landwirte	24	40	2	4
Freiberufler	23	55	3	3
Selbständige	30	49	4	3
Beamte	3	6	6	3
Angestellte	12	19	6	4
Arbeiter	20	28	5	3
Kinder im Haushalt:				
- ja	14	20	7	4
- nein	9	14	4	4
alleinerziehende Frauen	18	18	5	3

3.4 Positive Veränderungen infolge der Corona-Krise

Bei allen Sorgen und Problemen im Verlauf der Corona-Krise gab es für mehr als ein Drittel aller Bürgerinnen und Bürger (37 %) auch Dinge, die sich infolge der Corona-Krise positiv verändert haben. Das war bei den Westdeutschen eher als bei den Ostdeutschen, den Freiberuflern und den Beamten eher als bei den anderen Berufsgruppen (vor allem den Landwirten) und bei den Befragten mit Abitur oder Studium eher als bei den Hauptschulabsolventen der Fall.

- Positive Veränderungen infolge der Corona-Krise?

	Es gab in den letzten Wochen Dinge, die sich infolge der Corona-Krise positiv verändert haben %
insgesamt	37
Ost	28
West	38
Männer	35
Frauen	38
Landwirte	28
Freiberufler	43
Selbständige	35
Beamte	45
Angestellte	40
Arbeiter	24
Hauptschule	27
mittlerer Abschluss	31
Abitur, Studium	40
Kinder im Haushalt:	
- ja	42
- nein	35

Als positive Veränderungen wurden genannt, dass die freie Zeit zugenommen habe, es positive Auswirkungen auf die Beziehungen in der Familie oder mit Freunden gegeben habe, der Alltag „entschleunigt“ wurde oder man unter dem Eindruck der Krise „bewusster“ lebe.

4. Bewertung der Maßnahmen während der Corona-Krise

Auch in der Rückschau halten rund zwei Drittel aller Bürgerinnen und Bürger (65 %) die im März von der Politik beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie für richtig. Jeweils ein knappes Fünftel (17 %) hält die im März beschlossenen Maßnahmen für zu streng bzw. meint, sie hätten strenger sein müssen.

Dass die Maßnahmen zu streng gewesen seien, meinen am häufigsten die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen (25%). Von den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen glauben das nur 13 Prozent. Dass sie strenger hätten sein müssen, meinen etwas häufiger die Bürger in den drei Stadtstaaten sowie in Nordrhein-Westfalen.

- Bewertung der von der Politik im März beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie I

	Die im März von der Politik beschlossenen Maßnahmen waren		
	zu streng %	gerade richtig %	hätten strenger sein müssen*) %
insgesamt	17	65	17
Ost insgesamt	22	63	14
- Thüringen	18	67	14
- Sachsen-Anhalt	21	65	14
- Mecklenburg-Vorpommern	21	63	13
- Sachsen	25	61	13
- Brandenburg	20	60	19
West insgesamt	16	65	18
- Saarland	17	68	14
- Bayern	18	66	13
- Schleswig-Holstein	16	66	17
- Niedersachsen	16	66	18
- Bremen	14	66	20
- Nordrhein-Westfalen	13	66	20
- Hessen	14	66	18
- Baden-Württemberg	18	64	16
- Rheinland-Pfalz	17	64	17
- Hamburg	15	63	22
- Berlin	15	63	21

*) an 100 Prozent fehlende Angabe = „weiß nicht“

Männer und Befragte mit Kindern im Haushalt bewerten die im März beschlossenen Maßnahmen häufiger als zu streng als Frauen und Befragte ohne Kinder im Haushalt. Besonders groß ist der Anteil derer, die die Maßnahmen für zu streng halten, bei den Landwirten und vor allem den Anhängern der AfD, von denen fast die Hälfte diese Einschätzung teilten. Dass die Maßnahmen strenger hätten sein müssen, meinen etwas häufiger als der Durchschnitt aller Befragten die jüngeren, unter 35 Jahre alten Bürgerinnen und Bürger.

- **Bewertung der von der Politik im März beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie II**

	Die im März von der Politik beschlossenen Maßnahmen waren		
	zu streng %	gerade richtig %	hätten strenger sein müssen*) %
Männer	19	61	18
Frauen	14	69	16
18- bis 24-Jährige	14	60	25
25- bis 34-Jährige	19	57	23
35- bis 49-Jährige	21	61	17
50- bis 59-Jährige	19	64	16
60- bis 69-Jährige	14	70	15
70- bis 79-Jährige	10	76	14
80 Jahre und älter	9	77	14
Landwirte	38	47	13
Freiberufler	21	62	16
Selbständige	26	58	14
Beamte	16	67	16
Angestellte	19	63	18
Arbeiter	26	56	17
Kinder im Haushalt			
- ja	21	67	16
- nein	15	66	18
Anhänger der:			
CDU/CSU	12	72	16
SPD	12	71	17
Grünen	12	70	16
Linke	18	60	21
FDP	24	60	16
AfD	48	30	20

*) an 100 Prozent fehlende Angabe = „weiß nicht“

In Bezug auf die seit Mai eingeleiteten Lockerungen meinen 15 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger, dass diese Lockerungen nicht weit genug gingen und halten der Politik vor, sie sei zu zögerlich. Vor allem die Bürgerinnen und Bürger in den ost-deutschen Ländern sind dieser Meinung.

Dass die Politik das richtige Maß gefunden hat, meint knapp die Hälfte (47 %) aller Bürgerinnen und Bürger. Ein Drittel (34 %) meint, die beschlossenen Lockerungen seien zu früh gekommen und die strengen Regelungen hätten sicherheitshalber noch einige Wochen lang fortbestehen bleiben sollen. Das meinen besonders häufig die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen und Berlin.

▪ Meinungen zur Lockerung der Einschränkungen ab Mai I

	Die Lockerungen gehen nicht weit genug; die Politik ist zu zögerlich	Die Politik hat das richtige Maß gefunden	Die Lockerungen kommen zu früh; die strengeren *) Regelungen hätten sicherheitshalber noch einige Wochen fortbestehen sollen
	%	%	%
insgesamt	15	47	34
Ost insgesamt	20	47	28
- Sachsen	22	50	25
- Sachsen-Anhalt	20	47	29
- Thüringen	19	47	29
- Brandenburg	19	46	31
- Mecklenburg-Vorpommern	21	43	31
West insgesamt	14	47	35
- Hamburg	13	52	32
- Bayern	17	50	29
- Niedersachsen	13	48	35
- Rheinland-Pfalz	14	48	34
- Baden-Württemberg	16	48	32
- Schleswig-Holstein	13	47	36
- Bremen	11	47	38
- Hessen	13	46	36
- Saarland	15	46	35
- Nordrhein-Westfalen	11	44	41
- Berlin	13	43	40

*) an 100 Prozent fehlende Angabe = „weiß nicht“

Dass die seit Mai eingeführten Lockerungen nicht weit genug gehen, meinen wiederum mehr Männer als Frauen und mehr der Befragten mit Kinder als Befragte ohne Kinder.

Am häufigsten gehen den Landwirten und vor allem den AfD-Anhängern die Lockerungen nicht weit genug. Dass die Lockerungen zu früh gekommen seien, meinen vor allem die jüngeren Bürgerinnen und Bürger.

▪ Meinungen zur Lockerung der Einschränkungen ab Mai I

	Die Lockerungen gehen nicht weit genug; die Politik ist zu zögerlich	Die Politik hat das richtige Maß gefunden	Die Lockerungen kommen *) zu früh; die strengeren Regelungen hätten sicherheitshalber noch einige Wochen fortbestehen sollen
	%	%	%
Männer	17	46	34
Frauen	13	48	34
18- bis 24-Jährige	13	38	43
25- bis 34-Jährige	16	42	38
35- bis 49-Jährige	20	44	32
50- bis 59-Jährige	17	47	32
60- bis 69-Jährige	13	52	33
70- bis 79-Jährige	8	55	35
80 Jahre und älter	7	58	32
Landwirte	34	30	34
Freiberufler	19	45	33
Selbständige	24	44	28
Beamte	14	46	35
Angestellte	17	46	34
Arbeiter	22	46	28
Kinder im Haushalt			
- ja	20	45	31
- nein	13	48	35
Anhänger der:			
CDU/CSU	11	55	31
SPD	9	51	37
Grünen	10	51	36
Linke	16	39	40
FDP	22	47	29
AfD	49	22	24

*) an 100 Prozent fehlende Angabe = „weiß nicht“

Zusammenfassung

Die Corona-Krise und ihre Auswirkungen auf den Alltag der Menschen bewegt die Menschen unverändert auch noch im Juni – trotz der allmählichen Lockerungen der zur Eindämmung der Pandemie beschlossenen Maßnahmen. So ist auch die Furcht vor einer zweiten Infektionswelle weiterhin bei vielen vorhanden.

Die beschlossenen diversen Einschränkungen belasten die Bürger – aber sie werden überwiegend als notwendig akzeptiert und auch für einhaltbar erachtet.

Negative Auswirkungen auf die eigene finanzielle und wirtschaftliche Situation treffen vor allem zwei Gruppen: Die Selbständigen (hierbei insbesondere selbständige alleinerziehende Frauen) und die unteren sozialen Schichten (niedrige Schulbildung, geringes Einkommen, Arbeiter). Die oft zu hörende These, dass besonders Frauen betroffen seien, trifft so pauschal nicht zu. Bei der Mehrheit der Bundesbürger halten sich die negativen Auswirkungen auf die eigene finanzielle Lage noch in Grenzen, so dass man noch mit einer relativen Gelassenheit mit der Pandemie umgeht.

Die im März beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und die seit Mai eingeleiteten Lockerungen werden von der Mehrheit der Bürger nach wie vor für richtig befunden.